
Dieses Jahr entscheidet über die Zukunft der Industrie

Von Peter Schwerdtmann

In einer Woche will die EU die neuen Grenzwerte verkünden und in ein paar Wochen treten die Parteien zur Bundestagswahl an. Wohl selten war eine Halbjahres-Pressekonferenz des Verbands der Automobilindustrie (VDA) strategisch wichtiger als die von Hildegard Müller heute. Die Präsidentin des VDA beschwor die Lage mit den Worten: „Dieses Jahr entscheidet über die Zukunft der Industrie“ und rief schließlich die Konstruktiven zur Diskussion auf und „nicht die, die alles ablehnen“.

Müller verwies auf die Komplexität der Aufgabe die „deutsche Schlüsselindustrie“ umzubauen und ordnete die Kritik in der Vergangenheit, die deutsche Automobilindustrie habe den Anschluss verloren ein mit dem Satz: „Wir waren nie weg und wir stehen gut da.“ Die deutschen Hersteller haben bei der Produktion von batterieelektrischen Autos und Plug-in-Hybriden einen Marktanteil von mehr als 70 Prozent, in Europa von fast 50 Prozent. „In China haben wir mit 23 Prozent den größten Marktanteil aller ausländischen Hersteller“, ergänzte Müller. Die Branche habe sich eindeutig auf das Thema Transformation ausgerichtet. Die deutsche Automobilindustrie werde bis 2025 rund 150 Milliarden Euro in die klimaneutrale Mobilität, die neuen Antriebe, und die Digitalisierung investieren, kündigte Müller an.

Eine Verschärfung der EU-Flottengrenzwerte dürfe nur nach einer sorgfältigen Abwägung erfolgen, die alle Aspekte einschließlich der ökonomischen und sozialen Auswirkungen einbezieht, forderte Müller. „Die EU und die Bundesregierung sollten neue Klimaziele nur festschreiben, wenn auch die Wege klar sind, auf denen diese Ziele erreicht werden können. Denn Transformation braucht Zeit und Verlässlichkeit.“ Zum Erreichen der Flottengrenzwerte habe ein schneller Hochlauf der Elektromobilität bis 2030 Priorität. „Je nach Bedarf und Voraussetzung sind, neben batterieelektrischen Antrieben, Plug-in-Hybrid-Fahrzeuge, Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Fahrzeuge sowie Antriebe mit synthetischen Kraftstoffen, eine kosteneffiziente und dem Klimaschutz zuträgliche Lösung“. Müller forderte deswegen erneut Technologieoffenheit ein.

Ein Flottengrenzwert von 0 g CO₂ ab 2035, wie er offenbar in Brüssel diskutiert werde, bedeute für PKW faktisch ein Verbrennerverbot, was übrigens Hybride mit einschließe, stellte die VDA-Präsidentin fest. Der Verband sieht Innovationspotenziale abgeschnitten und die Wahlfreiheit der Verbraucher beschränkt. „Viele Arbeitsplätze werden betroffen sein“, mahnt Müller. Für die Automobilhersteller bleibe Technologieoffenheit ein wesentlicher Teil ihrer Strategie.

Müller verwies auf erste Ergebnisse einer vom VDA beauftragten Studie von Allensbach, die im August vorgelegt werden soll. Danach brauchen mehr als 80 Prozent der Deutschen das Auto für die Gestaltung ihres Alltags. Selbst in Großstädten sei das so: Nur neun Prozent der Großstadtbewohner geben an, ohne Probleme auf das Auto verzichten zu können. Müller: „Das Auto wird Fundament des individuellen Verkehrs bleiben – weil es immer besser wird: nachhaltig, digital, klimafreundlich.“

Rund 70 Prozent der Deutschen sind laut Allensbach unzufrieden mit ihrem lokalen Ladenetz-Angebot, nur 0,2 Prozent sind tatsächlich sehr zufrieden. Wer sich für ein E-Auto entscheidet, dürfe keine Sorge haben, Probleme beim Laden zu haben, weil die Infrastruktur nicht ausreichend ausgebaut sei, fordert Müller. Die Politik könne zwar Ziele vorgeben, aber über den Erfolg der Elektromobilität entscheidet letztendlich der Verbraucher. (ampnet/Sm)

Bilder zum Artikel



Hildegard Müller.

Foto: Auto-Medienportal.Net/VDA
